

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN 2022

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefährdungen und die Förderung ihrer Entwicklungs- und Identitätsbedürfnisse stehen im Mittelpunkt unserer Tätigkeit.

Wir beobachten, dass strukturelle Probleme sich durch die Coronapandemie verschärft haben, Bedarfe von Kindern und Jugendlichen an vielen Stellen nicht gedeckt sind und sich Defizite im Kinder- und Jugendschutz vergrößert haben.

Im Vorfeld der Landtagswahl in NRW haben die Mitglieder unseres Vorstands Fragen an die vier großen demokratischen Parteien im Landtag in NRW herangetragen und diese aufgefordert, Stellung zu beziehen und Antworten auf der Grundlage ihres Wahlprogramms zu geben.

Dabei haben wir uns an der UN-Kinderrechtskonvention orientiert und die Rechte auf Befähigung und Förderung, auf Beteiligung und auf Schutz in den Blick genommen. Diese elementaren Kategorien der Kinderrechte werden und wurden in NRW – ebenso wie auf Bundesebene – unter anderem aufgrund der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung aus unserer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt.



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

BEFÄHIGUNGS- UND FÖRDERUNGSRECHTE

FRAGE 1

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind nicht allein durch die Öffnung von Kitas und Schulen gedeckt, sie brauchen für ein gutes und gesundes Aufwachsen selbstbestimmte Freiräume. Wie sorgen Sie für Räume zur Entfaltung der Persönlichkeit und für soziale Kontakte und Erfahrungen?

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN 2022



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

CDU

[...] Um jungen Menschen [...] wieder Freiräume für Gemeinschaftserlebnisse zu ermöglichen, werden wir eine Sonderförderung „Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche“ auflegen. Gleichzeitig wollen wir ein Sonderprogramm zur Ertüchtigung von Kinder- und Jugendhäusern auflegen.

Für Jugendliche und junge Erwachsene werden wir die Studienberatung verbessern. [...] Berufsorientierung, alternative Ausbildungswege, branchenspezifische Bedarfsprognosen aber insbesondere auch soziale und psychologische Angebote sind wichtige Hilfestellungen für junge Menschen. Dabei sorgen vor allem digitale Alternativen für flexible und passgenaue Formate.

SPD

Wir wollen einen sozialräumlichen Zugang in der Familien- und Kinderpolitik. Deshalb stärken wir die Angebote vor Ort. Für Kinder ist es wichtig, Autonomie zu erlangen und sich sicher mit Freunden treffen zu können. Dies muss immer angemessen geschehen. [...] Wir wollen Kindern und Jugendlichen die Zugänge zur Bibliothek kostenfrei stellen und auch eine Jahresmitgliedschaft im Sportverein finanzieren, so dass sie Zugänge zu anderen Räumen erlangen. Aber wir wollen auch den freien Austausch von Kindern und Jugendlichen stärken. Deshalb wollen wir Kinder und Jugendliche stärker beteiligen, wenn es um Entscheidungen geht, die sie betreffen. Wir wollen eine verbindliche Jugendbeteiligung in der Gemeindeordnung.

Freie Demokraten FDP

Gerade die Coronapandemie hat deutlich gemacht, dass Kinder und Jugendliche für ein gutes und gesundes Aufwachsen selbstbestimmte Freiräume, sozialen Kontakt zu Gleichaltrigen sowie Zugang zu Freizeit- und Bewegungsangeboten benötigen. Dies betrifft umso mehr benachteiligte Kinder und Jugendliche. Darum wollen wir Ferienfreizeiten, Bildungsprogramme in den Schulferien sowie Mitgliedschaften in gemeinnützigen Vereinen finanziell stärker fördern und unterstützen, damit mehr Kinder und Jugendliche von diesen Angeboten profitieren können.

Zudem wollen wir die außerschulischen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit stärken. Kinder und Jugendliche sollen flächendeckend Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten der Bildung erhalten und allgemeine, soziale, kulturelle und persönliche Kompetenzen erwerben können.



Damit Kinder und Jugendliche Räume in der Gesellschaft vorfinden, wo sie ihre Persönlichkeit entfalten können, braucht es nicht nur Kitas und Schulen, die das ermöglichen, sondern auch Angebote der Kinder- und Jugendarbeit. Diese werden wir in NRW stärken.

BEFÄHIGUNGS- UND FÖRDERUNGSRECHTE

FRAGE 2

Wir beobachten, dass das Programm „Aufholen nach Corona“ nicht ausreicht, um Lernstoff aufzuholen sowie außerschulische Erfahrungen zu machen. Inwieweit wird insbesondere der außerschulische Bereich zukünftig gestärkt?

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN 2022



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

CDU

Im Rahmen des Programms „Ankommen und Aufholen nach Corona“ wird das im vergangenen Schuljahr gestartete OGS-Helferprogramm für Grund- und Förderschulen fortgesetzt und weiterentwickelt. Für das laufende Schuljahr werden und wurden rund 60 Millionen Euro bereitgestellt, mit denen wir viele helfende Hände für zusätzliche Angebote ermöglichen. Den Schwerpunkt „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ werden wir in den neuen Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) integrieren. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, wie Angebote für Mentoring sinnvoll unterstützt werden können. Im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung werden wir insbesondere außerschulische Lernorte und Umweltbildungseinrichtungen angemessen fördern. [...] [Wir brauchen] wieder mehr politische Bildung in den Schulen, aber auch die politische Bildung der außerschulischen, gemeinwohlorientierten Träger ist im novellierten Weiterbildungsgesetz gesetzlich verankert [...].

SPD

Wir wollen kommunale Präventionsketten mit einem sozialräumlichen Ansatz verfolgen und so eine bessere Verzahnung der unterschiedlichen Akteure in der Familienbildung, -beratung und -unterstützung erwirken. Dafür möchten wir Familienbüros in den Quartieren etablieren, die einen niedrigschwelligen Zugang zu Behörden und zur sozialen Arbeit ermöglichen soll. Wir wollen die an Kitas etablierten Familienzentren auch landesweit auf Grundschulen ausweiten. Durch die Arbeit der Familienbüros wollen wir die Bekanntheit der Kinder- und Jugendarbeit stärken und so allen Familien ermöglichen, passgenaue Angebote für Kinder und Jugendliche auszuwählen. Auch die Bildungsinstitutionen Familienzentren ermöglichen eine enge Zusammenarbeit mit der sozialen Arbeit im Quartier und stärken die präventive Arbeit mit Kindern und Familien. [...]

Freie Demokraten FDP

Wir wollen die außerschulischen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit als demokratische Bildungsorte und freiwillige Lernorte weiter stärken. Kinder und Jugendliche sollen flächendeckend Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten der Bildung erhalten [...]. Mentoringprogramme sollen eine weitere wertvolle Unterstützung für Kinder und Jugendliche sein und ihnen Perspektiven für die Zukunft aufzeigen. Vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche benötigen umfassende Ferien- und Unterstützungsprogramme. Wir wollen darum Ferienfreizeiten, Bildungsprogramme in den Schulferien sowie Mitgliedschaften in gemeinnützigen Vereinen finanziell stärker fördern und unterstützen.



[...] Häufig wurden Kinder und Jugendliche in der Pandemie auf ihre Rolle als Kitakind bzw. Schüler*in reduziert. Es braucht bei der Bewältigung der Pandemiefolgen auch zusätzliche Programme für Kinder-, Jugend- und Familienfreizeiten. Die Pandemie hat Kinder und Jugendliche psychisch belastet. Wir müssen zum einen dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche Möglichkeiten der Therapie nutzen können, zum anderen müssen gezielte pädagogische Angebote zur Bearbeitung pandemiebedingter psychosozialer Belastungen gefördert und ausgebaut werden. In der Pandemie sind viele wichtige Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zweitwillig ausgefallen. Umso wichtiger ist es, auch im Kontext der Bewältigung der Pandemiefolgen, die Kinder- und Jugendarbeit zu stärken. Wir werden bewährte Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot.

BETEILIGUNGSRECHTE

FRAGE 3

Die soziale Herkunft hat noch immer Auswirkungen auf die Bildungs- und Entwicklungschancen. Wie werden Sie für mehr Chancengerechtigkeit für Heranwachsende sorgen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Familienförderung armutssicher zu machen?

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN 2022



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

CDU

Wenn Eltern arbeiten und einem geregelten Tagesablauf nachgehen, ist das im Sinne des Kindeswohls. Wir werden daher eine Agenda „Kein Kind in Armut – Für Eltern in Arbeit“ auf den Weg bringen und Eltern ohne Arbeit gezielt ansprechen, fördern und dafür notwendige Netzwerke etablieren. Unser Ziel ist es, den Einstieg in Arbeit zu erleichtern, Chancen zu eröffnen und sozialen Aufstieg zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang werden wir die Bedürfnisse alleinerziehender Eltern und die von Kindern mit Behinderung besonders beachten. Zur Bekämpfung von Kinderarmut werden wir die bestehenden Maßnahmen weiterentwickeln. [...] Frühkindliche Bildung schafft wichtige Voraussetzungen für Chancengleichheit, eine erfolgreiche Bildungsbiografie und ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung. Dies gilt insbesondere für die drei Kitajahre vor der Einschulung. [...] Auf besonders große soziale Herausforderungen haben wir mit insgesamt 60 Talentschulen reagiert.

SPD

Bildung und somit Chancengleichheit beginnt schon in der frühkindlichen Bildung. Daher muss der derzeitige Sozialindex so weiterentwickelt werden, dass es in Kitas, in denen besonders viel Unterstützungsbedarf besteht, mehr Personal gibt. Auch der bedarfsgerechte Ausbau der Kitas ist ein zentrales Element dafür, dass Kinder einen guten Start ins Leben haben. Statt wie zuletzt nur 3.349 neue Plätze für Unterdreijährige durch die Landesregierung, werden wir für jedes Kind das passende Angebot schaffen. Dazu gehört es auch, die unterjährige Aufnahme von Kindern passend zum Ablauf von Elterngeld oder Elternzeit sicherzustellen. Jedes Kind braucht eine faire Chance, und dazu gehört, dass Bildung nicht vom jeweiligen Geldbeutel oder vom jeweiligen Wohnort abhängen darf. [...] Mit uns wird es eine umfängliche Gebührenfreiheit geben. Wir setzen uns für eine armutsfeste Kindergrundsicherung ein.

Freie Demokraten FDP

[...] Ein wichtiger Grundstein für Bildungs- und Chancengerechtigkeit wird bereits in der frühkindlichen Bildung gelegt. Insbesondere Kinder aus sozial schwierigerem Umfeld haben jedoch aufgrund fehlender Unterstützung oft schlechtere Bildungschancen. Sogenannte plusKITAs sollen die Potenziale dieser Kinder noch gezielter fördern. Wir wollen darum mit der deutlichen Stärkung von plusKITAs für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle Kinder von Beginn an sorgen.

Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen wollen wir nachhaltig unterstützen und Kinderarmut entgegenwirken. Wir unterstützen die Absicht der neuen Bundesregierung, familienpolitische Leistungen zu bündeln. Insbesondere die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe sollen ausgeweitet und von Kindern und Jugendlichen selbstständig abgerufen werden können.



[...] Kinder- und Jugendarmut muss zu einem der Topthemen der nächsten Landesregierung werden. Kinder und Jugendliche, egal welcher Herkunft, müssen die gleichen Chancen an gesellschaftlicher Teilhabe haben. Deshalb werden wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam, Land und Kommunen, gegen Kinderarmut zu kämpfen. Wir werden die kommunalen Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen, Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Damit Mittel für Kinder besser zugänglich sind, werden wir uns für die Umsetzung des Kinderchancenportals einsetzen. Wir werden zudem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen stärken, um so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien zu schaffen. Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Wir werden Streetwork bzw. die Mobile Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können.

BETEILIGUNGSRECHTE

FRAGE 4

*Während der Coronapandemie sind die Möglichkeiten der Mitbestimmung von jungen Menschen massiv eingeschränkt worden. Wie setzen Sie zukünftig das Recht Heranwachsender auf Mitbestimmung um? Wie beziehen Sie dabei Vertretungen des Landesjugendrings und der Landesschüler*innenvertretung mit ein?*

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN 2022



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

CDU

[...] Demokratie braucht politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger. Daher brauchen wir wieder mehr politische Bildung in den Schulen. Dazu wollen wir Chancen der digitalen Demokratieteilnahme nutzen, weiter erforschen und erproben. Wir werden einen differenzierten Aktionsplan „Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen“ erarbeiten und umsetzen. Er wird Kriterien für angemessene Jugendbeteiligung sowie die strukturelle Berücksichtigung von Interessen der jungen Generation enthalten und definieren, wie diese in den Kommunen und auf Landesebene umgesetzt werden können.

SPD

[...] Wir wollen eine Kinder- und Jugendstrategie mit den Betroffenen erarbeiten. Außerdem wollen wir einen Kinder- und Jugendcheck für Gesetze einführen. Kinder und Jugendliche benötigen jeweils angemessene Maßnahmen, diese wollen wir gemeinsam mit Experten und vor allem den Kindern und Jugendlichen erarbeiten. Es ist wichtig, dass wir hier gemeinsam mit den etablierten Akteuren eine Weiterentwicklung anstreben. Mit diesem Paket wollen wir sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche als Betroffene zu Beteiligten gemacht werden und nicht mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Wir wollen sie befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden, zu partizipieren und selbstbestimmt zu handeln. Das stärkt Selbstwert und Resilienz. Jugendbeteiligung gehört verbindlich in die Gemeindeordnung.

Freie Demokraten FDP

[...] Wir wollen der Jugend eine starke Stimme geben, indem wir z. B. das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen werden. Wir wollen darüber hinaus kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten ermöglichen, ein Mitglied in den Jugendhilfeausschuss zu entsenden, das dort über ein Vorschlags- und Beteiligungsrecht verfügt. Darüber hinaus haben wir in Regierungsverantwortung Deutschlands erstes direkt und frei gewähltes Landesjugendparlament auf den Weg gebracht, um dauerhafte Strukturen für Jugendbeteiligung gegenüber der (Landes-)Politik zu schaffen.

Die Kommunen wollen wir beim Auf- und Ausbau von kommunaler Kinder- und Jugendpartizipation unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen das verbindliche Recht erhalten, an Planungen und Vorhaben mitzuwirken, die deren Interessen berühren.



Kinder und Jugendliche möchten das Morgen mitgestalten. [...] Um vor Ort ihr Lebensumfeld mitzugestalten, braucht es verschiedene Beteiligungsformate. In manchen Kommunen existieren kommunale Jugendgremien. Wir wollen, dass Jugendliche in ganz NRW beteiligt werden. Deshalb werden wir die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung stärken. Um die Belange von Kindern und Jugendlichen zu kennen, werden wir die Kommunen bei der Durchführung von Befragungen von Kindern und Jugendlichen unterstützen.

Da Kinder und Jugendliche auch von Entscheidungen der Landespolitik betroffen sind, werden wir das Jugendcheckverfahren einführen, damit Gesetzesvorhaben hinsichtlich ihrer Folgen auf Kinder und Jugendliche überprüft werden. Unter Mitwirkung von Jugendverbänden werden wir eine Landesjugendstrategie entwickeln. Das Wahlalter für Landtagswahlen werden wir auf 16 Jahre absenken.

BETEILIGUNGSRECHTE

FRAGE 5

Die Frage der Teilhabe sowie Partizipation betrifft in hohem Maße Heranwachsende in besonderen Lebenslagen, wie z. B. junge Geflüchtete und junge Menschen mit Behinderung. Wie werden Sie deren vielfachen Benachteiligungen und Einschränkungen von Lebenschancen entgegenwirken?

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN 2022



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

CDU

[...] Wir suchen nicht nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern bieten individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, um allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Die Digitalisierung eröffnet uns dabei Möglichkeiten, von denen andere Generationen nur träumen konnten, denn sie ist der große Treiber der gesellschaftlichen Entwicklung und schafft enorme Chancen auch für Menschen mit Behinderung und sichert Teilhabe. Sport bringt dabei Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen, und viele Sportvereine engagieren sich bereits in der Inklusion von Menschen mit Behinderung. Diese wertvolle Arbeit wollen wir nachhaltig unterstützen.

SPD

Wir werden uns auf Bundesebene für eine armutsfeste Kindergrundsicherung einsetzen. Dadurch ist Teilhabe ohne Stigmatisierung gesichert. Wir wollen Kindern die Nutzung der Bibliothek vor Ort kostenfrei ermöglichen und eine Jahresmitgliedschaft im Sportverein finanzieren. Wir wollen darüber hinaus die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken und eine Jugendbeteiligung in der Gemeindeordnung festschreiben. Gerade Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen sind häufig von Kinder- und Jugendarbeit ausgeschlossen, das kann unterschiedliche Gründe haben, unter anderem sind Fahrten ein Problem. Daran werden wir in der kommenden Legislaturperiode verstärkt arbeiten.

Freie Demokraten FDP

[...] Gute sprachliche Fähigkeiten sind eine Grundvoraussetzung für gelingende gesellschaftliche Teilhabe sowie für Erfolg im Bildungs- und Berufsleben. Etwaige Sprachrückstände bei geflüchteten Kindern im Kitaalter wollen wir systematisch erfassen und durch passgenaue Angebote der Sprachförderung ausgleichen. Inklusion in der Schule wollen wir durch zusätzliches Fachpersonal unterschiedlicher Professionen, eine qualitativ und quantitativ weiterentwickelte Schulbegleitung und zusätzliche Fortbildungsformate nachhaltig unterstützen und Schritt für Schritt bedarfsgerecht ausbauen. Zur Stärkung der Teilhabe an Arbeit setzen wir auf innovative, praktikable und betriebsnahe Lösungen. Dabei wollen wir das Budget für Arbeit bzw. Ausbildung verstärkt nutzen.

Außerdem setzen wir auf digitale Technologien, die Menschen mit Beeinträchtigung neue Möglichkeiten bieten, Barrieren zu überwinden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.



Junge Geflüchtete und junge Menschen mit Behinderung werden wir in unserer Kinder- und Jugendpolitik mitdenken, wie z. B. bei den Beteiligungsformaten und auch bei der Kinder- und Jugendarbeit. Daher werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Kinder- und Jugendarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit diskriminierungsfrei anzubieten. Wir werden erforderliche Mittel bereitstellen, damit Angebote der Kinder- und Jugendarbeit barrierefrei gestaltet und so inklusiv werden können. Unser Ziel ist es, die Kinder- und Jugendarbeit offen für alle zu gestalten, damit sie auch unsere vielfältige Gesellschaft abbildet.

CDU

SCHUTZRECHTE

FRAGE 6

Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Sorgen und Nöte und sind von Gewalt bedroht, auch im digitalen Raum. Was werden Sie politisch tun, um Heranwachsende zukünftig wirksamer vor Cybermobbing und Cybergrooming zu schützen?

Cybergrooming ist eine Form des sexuellen Missbrauchs und eine ernste Gefahr für Kinder im Netz. Wir werden prüfen, ob im Rahmen des Jugendmedienschutzstaatsvertrages den Medienanstalten Werkzeuge an die Hand gegeben werden können, mit denen Cybergrooming bekämpft und Plattformen in die Verantwortung genommen werden können. Nordrhein-Westfalen ist bereits jetzt Vorreiter bei der Bekämpfung von digitaler Hasskriminalität. Damit Cyberkriminalität auch weiterhin wirksam bekämpft werden kann, werden wir qualifizierte Cybercops in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen. Um dies zu ermöglichen, werden wir die Aus- und Fortbildung überprüfen und verbessern. Dazu werden wir das Cybercrime-Kompetenzzentrum der Polizei Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen, und die neu geschaffene Koordinierungsstelle Cybersicherheit soll zur zentralen Anlaufstelle ausgebaut werden. [...]

**WAHLPRÜFSTEINE ZUR
LANDTAGSWAHL IN
NORDRHEIN-WESTFALEN
2022**



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

SPD

Auch Cybermobbing ist Gewalt. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass die Beratungs- und Hilfesysteme auch bei dieser Form der Gewalt angepasst und ausgebaut werden müssen. Eltern und Kinder benötigen Medienkompetenz, für den eigenen Umgang und den Umgang anderer. Dafür wollen wir den Medienkompetenzrahmen sowie Medienkompetenzprojekte, wie die der Landesanstalt für Medien, konsequent weiterentwickeln. Den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet und in den Sozialen Medien wollen wir stetig verbessern. Wir wollen [...] Sexismus in der Onlinewelt bekämpfen.

Freie Demokraten FDP

Wir wollen Präventionsschulungen, die den geeigneten Umgang mit Mobbing sowie jeglichen Formen psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt thematisieren, zum festen Bestandteil des Vorbereitungsdienstes für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter machen. Teil dieser Ausbildungsphasen sollen auch der Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der Findungsphase ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sowie die regelmäßige Besprechung des Umgangs mit Sozialen Medien im Unterricht sein.

Wir wollen die bestehenden gezielten Kompetenzangebote für Eltern, Lehrkräfte und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe künftig weiterentwickeln und vernetzen. Kinder und Jugendliche wollen wir verstärkt über ihre persönlichen Rechte und Grenzen im persönlichen Umgang informieren. Sie sollen gestärkt werden, (Verdachts-)Fälle und Grenzverletzung klar zu benennen. Dafür müssen u. a. Ansprechpersonen und niedrigschwellige Beratungsangebote (z.B. „klicksafe“) bekannter und konkrete Handlungsmöglichkeiten zugänglich gemacht werden. Themen- und Projekttag zu Kinder- und Jugendschutz an den Schulen können einen weiteren Beitrag dazu leisten, über die Gefahren aufzuklären und die Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, diese zu erkennen und mit ihnen umzugehen.



Es braucht eine gute altersangemessene Medienkompetenzvermittlung in Kitas und Schulen. Denn Kinder und Jugendliche müssen auf Gefahren im Internet vorbereitet sein und befähigt werden. Damit Lehrkräfte und Kitafachkräfte Anzeichen für (Cyber-)Mobbing erkennen und angemessen reagieren können, muss es eine gute Aus-, Fort- und Weiterbildung geben.

SCHUTZRECHTE

FRAGE 7

In der Pandemiesituation hat die häusliche Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zugenommen.

Eine Maßnahme, dem entgegenzuwirken, ist die flächendeckende Einrichtung von Ombudsstellen auf kommunaler Ebene. Werden Sie die notwendigen Ressourcen bereitstellen und Maßnahmen darüber hinaus ergreifen?

**WAHLPRÜFSTEINE ZUR
LANDTAGSWAHL IN
NORDRHEIN-WESTFALEN
2022**



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

CDU

Mehr Geld, mehr Personal, mehr Technik, mehr Befugnisse für die Behörden. [Mit] parlamentarischen Initiativen haben wir Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren zum bundesweiten Vorkämpfer für den Kinderschutz gemacht, denn der Schutz unserer Kinder hatte und hat für uns oberste Priorität. Dazu haben wir das modernste Kinderschutzgesetz eingebracht, im Landtag eine Kinderschutzkommission eingesetzt, eine Anlaufstelle „Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ geschaffen und die Mittel für Beratung bei sexualisierter Gewalt erhöht [...].

Die Struktur der verbandlichen Förderung von Familienverbänden auf Landesebene sowie die Ombudschaft Jugendhilfe NRW werden wir evaluieren und weiterentwickeln. Wir etablieren zudem verlässliche Onlineansprechpartner für Kinder und Jugendliche und verfolgen einen ganzheitlichen Schutzansatz von der Prävention über die Beratung und Unterstützung bis hin zur Intervention und Anschlusshilfe.

SPD

Mit dem Kinderschutzgesetz ist ein wichtiger Schritt für den Schutz der Kinder in NRW gemacht worden. Das reicht aber noch lange nicht aus. Ombudsstellen vor Ort sind ein gutes Instrument, damit Beschwerden aufgenommen werden können. Es muss aber auch eine Vernetzung der Ombudsstellen möglich sein sowie ein anonymer Austausch über Fälle, um strukturelle Probleme aufzudecken, zu erkennen und zu beseitigen.

Freie Demokraten FDP

Ombudsstellen an den örtlichen Jugendämtern dienen grundsätzlich der Beratung von jungen Menschen und ihren Familien bei Konflikten mit der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtung und Betrieb dieser Stellen werden durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz des Bundes vorgeschrieben. Die NRW-Koalition stellt über das Landeskinderschutzgesetz NRW die notwendigen Mittel dazu bereit.

Darüber hinaus wollen wir die Themen Kindesmisshandlung, -missbrauch und -vernachlässigung über eine aktive Öffentlichkeitsarbeit weiter enttabuisieren. Bürgerinnen und Bürger wollen wir für Anzeichen sensibilisieren und ihnen Mut machen, bei Auffälligkeiten, Verdachtsfällen und Problemen Hilfe aufzusuchen. Dafür wollen wir niedrigschwellige Beratungs- und Informationsangebote bekannter machen. Auch die vielen Akteure, die mit oder im Umfeld von Kindern und Jugendlichen arbeiten, wollen wir durch regelmäßige Fortbildungen für Anzeichen von Kindeswohlgefährdungen sensibilisieren.



Das neu beschlossene Landeskinderschutzgesetz, das wir auch unterstützt haben, stärkt Ombudsstellen in Kommunen. Das allein wird den Kinderschutz in NRW nicht verbessern. Wir müssen Beratungs- und Begleitungsangebote sowie Akutschutz für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche ausbauen.

Die gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung ist ein Baustein im Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Hierfür werden wir eine Stelle einer bzw. eines unabhängigen Landesbeauftragten für die Belange des Kinderschutzes und Kinderrechte einrichten. Wir stärken kindgerechte Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von Richter*innen und Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch Kompetenzen bei kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden.